

# Winter im Gastgarten

Viele Wirte wollen im Coronajahr auch im Winter einen Gastgarten betreiben – Heizen inklusive. Das sorgt für Diskussionen.

BIRGITTA SCHÖRGHOFER

**SALZBURG.** Sie erhitzen die Gemüter, seit sie wortwörtlich wie die Schwammerl aus dem Boden der Gastgärten wachsen. Seit Jahren beklagen Umweltschützer die schlechte Klimabilanz von Heizpilzen und Elektrostrahlern. „Fünf solcher Heizstrahler verbrauchen so viel Strom wie ein Einfamilienhaus“, betont etwa Greenpeace-Aktivist Herwig Schuster.

Andererseits bescheren die Heizgeräte der Gastronomie auch in der kühleren Jahreszeit ein Zusatzgeschäft mit Kuschelfaktor im Freien. Im Coronajahr könnte das zum entscheidenden Umsatzfaktor werden. In Hinblick auf Herbst und Winter ist mittlerweile jedem klar: Die Ansteckungsgefahr mit dem Virus ist im Freien ungleich niedriger als in Innenräumen. Wer also kann, wird sein Getränk wohl an der frischen Luft konsumieren wollen.

Diese Aussicht hat zuletzt in Deutschland zu einer klimapolitischen Diskussion geführt. Dort sind in vielen Städten und Gemeinden die Heizgeräte im Gastgarten bereits verboten. Zwar ist man sich quer über alle Parteien hinweg einig, dass es dafür heuer eine Ausnahmeregelung geben muss, diskutiert wird aber eine mögliche CO<sub>2</sub>-Kompensation.

In Österreich ist das kein vorrangiges Thema. Selbst in Innsbruck, wo Heizgeräte in Gastgärten seit ein paar Jahren generell verboten sind, will man heuer eine Ausnahme machen und strombetriebene Heizelemente erlauben. „An eine CO<sub>2</sub>-Kompensation haben wir nie gedacht“, erklärt Julius Weiskopf aus dem Büro von Bürgermeister Georg

Willi (Grüne). Argumentiert wird damit, dass der städtische Energieversorger IKB 100 Prozent Ökostrom liefere. Damit könnten Wintergastgärten heuer stattfinden. „Für die Änderung der Gastgartenverordnung braucht es allerdings noch einen Mehrheitsbeschluss“, sagt Weiskopf.

„Relativ liberal“ halten will man es mit den Gastgärten in der kühleren Jahreszeit in der Stadt Salzburg mit aktuell rund 200 Schanigärten. Es werde eine Saison mit offenem Ende, sagt Bernd Huber aus dem Büro von Bürgermeister Harald Preuner (ÖVP). Den Einsatz von



„Gefragt ist flexibles Zubehör.“

Hermine Meissl, Meissl Schirme

Heizelementen werde man großzügig handhaben, „CO<sub>2</sub>-Überlegungen wird es keine geben.“ Bedenken wegen erhöhter Lärmbelastung für Anrainer hat Huber nicht. „Das ist im Sommer ein sensibleres Thema, da haben alle die Fenster offen.“

Bereits abgabenpflichtig sind elektrische Heizelemente für Schanigärten in Wien. Rund 58 Euro pro Gerät pro begonnener 4 kW Nennanschlussleistung sind im Jahr zu bezahlen. Gasheizschwammerl sind generell verboten. „Vielleicht geht es heuer ohne Abgabe“, hofft der Wiener Gastromiesprecher Peter Dobcak. Im Büro von Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke (SPÖ) winkt man ab. „Ganz ohne wird es nicht gehen“, erklärt Sprecherin Berenike Lettmayer. Die Gebühr sei



Heizstrahler erwärmen den Gastgarten, wenn es kühler wird. BILD: SN/PEMWIESER

ein Tarifposten im Gebrauchsabgabengesetz, „den muss es geben.“ Die Wintergastgärten in Wien könnten heuer aber größer ausfallen als in der schon bisher erlaubten „kleinen Winteröffnung“ mit maximal zwölf Quadratmetern. Es werde eine mögliche Lockerung diskutiert, sagt Lettmayer. Auch werde es weiterhin Erleichterungen bei den Schanigartengebühren geben.

Den Cappuccino im Freien wird es heuer auch in Graz geben, die Gebührenbefreiung für Gastgärten laufe noch bis Ende des Jahres, man wolle sich aber für eine Verlängerung bis zum Frühjahr einsetzen, heißt es aus dem Büro von Stadträtin Elke Kahr (KPÖ). In puncto Heizen hat es in der steirischen Hauptstadt im Jahr 2011 von den Grünen

den Vorstoß „Loden statt Heizen“ gegeben. Gemeinsam mit Loden Steiner in Mandling und Designern der Creative Industries Styria wurde der „Grazfleck“, ein Poncho aus Loden, als alternativer Wärmespender entworfen. Etwa 100 Stück habe man damals produziert, erinnert sich Andrea Walcher von Loden Steiner. „Die Idee war gut, ist aber nicht so richtig in Schwung gekommen, es war wahrscheinlich noch zu früh dafür“, meint sie. „Vielleicht sollten wir es aber jetzt noch einmal probieren.“ Zuletzt hätten jedenfalls die Bestellungen für wärmende Decken stark angezogen. Für Tourismusregionen habe man bereits seit Längerem Decken in speziellem Format, das den Körper des Gastes umschmiege, im Sortiment.

Eine erhöhte Nachfrage nach Freiluftmobiliar verzeichnet man bei Meissl in Pfarrwerfen, dem Erfinder der Schirmbar. Wobei, so betont Firmenchefin Hermine Meissl, „geschlossene Schirmbars machen wir schon lang nicht mehr“. Seit Jahren seien flexibel zu öffnende Sichtfenster und -flächen der Standard. Nachgefragt werde derzeit vor allem aber mobiles Zubehör für die Stadtgastronomie, etwa Bänke mit aufgebautem Windschutz oder ein auf einem Sockel thronender Schirm mit Sitzbank. „Mit einem Gabelstapler lässt sich das Möbel flexibel einsetzen“, erklärt Meissl. Es brauche dafür keine bauliche Maßnahme. Aufträge kämen aus aller Welt, erklärt Meissl. „Überall verlagert sich die Gastronomie heuer auch in der kühleren Jahreszeit ins Freie.“ Mit einer Fußbodenheizung auf der Terrasse sorgt ein Meissl-Kunde in der Schweiz jeglichen Frostbeulen vor. Gespeist werde die Heizung mit der Abwärme des Hotel-Hallenbads.

„Kühlanlagen in Innenräumen sind größere Stromfresser als Wärmeerzeugung draußen“, verteidigt Martin Premwieser das Heizen von Gastgärten. Früher als sonst füllten sich heuer auch bei ihm die Auftragsbücher. Premwieser vertreibt mit seinem Unternehmen in Feldkirchen (OÖ) seit 2002 Heizelemente für Gastgärten. Heuer seien Anfragen bereits im Hochsommer eingetroffen, „früher sind die ersten im September reingetröpfelt“. 200 Produkte führt Premwieser im Heizelemente-Bereich mittlerweile, die Preise rangierten von 185 Euro für den billigsten Heizstrahler bis 2000 Euro für Topmodelle. „Die sehen dann aus wie Flachbildschirme.“

## Wirtschaftswachstum reicht nicht

Nach der Coronakrise hat Österreich die Wahl zwischen Steuererhöhungen und einer Pensionsreform.

Mit einer bemerkenswerten Gelassenheit pflegen Regierungsvertreter darauf zu reagieren, dass die Schulden infolge der Coronakrise um einen höheren zweistelligen Milliardenbetrag steigen werden. Man zahle ohnehin kaum Zinsen. Und überhaupt: Wenn es wieder ein Wirtschaftswachstum gebe, relativiere sich das Problem. Das ist korrekt. Man sollte nur bedenken, dass es nicht von heute auf morgen verschwinden kann. Das zeigt ein Blick zurück in die jüngere Vergangenheit: Vor der Wirtschaftskrise ab 2007 belief sich die Staatsverschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf 65 Prozent. Im Laufe der Jahre stieg sie auf bis zu 84,9 Prozent, um schließlich zu sinken. Die 65 Prozent von einst hat sie jedoch bis zur Coronakrise 2020 nicht erreicht.

Diese Krise ist viel größer und wird auch länger nachwirken; selbst wenn die Pandemie im kommenden Sommer überwunden ist, wie der Kanzler sagt. Heuer bricht das BIP um

rund sieben Prozent ein. 2021 könnte es zwar ein Wachstum geben, es wird diesen Rückgang aber nicht wettmachen. Erst 2022 dürfte das BIP laut Institut für Höhere Studien (IHS) wieder auf dem Vorkrisenniveau liegen. Goldene Zeiten werden damit jedoch kaum anbrechen: Die Wirtschaftsforscher rechnen mit jährlichen Wachstumsraten von weniger als zwei Prozent. Eine Folge davon ist, dass die höchste Arbeitslosigkeit seit Beginn der Zweiten Republik nur sehr langsam zurückgehen wird. Ja selbst zum voraussichtlichen Ende der noch jungen Legislaturperiode 2024 könnte sie noch höher sein als vor einem Jahr.

Mit der Coronakrise fertig zu werden wird ein Kraftakt. Auch in budgetärer Hinsicht: Bei der „Rechnung“, wonach ein steigendes BIP selbst die höchsten Schulden kleiner werden lässt, gibt es einen Haken. Auf der anderen Seite ist es nämlich so, dass aufgrund der demografischen Entwicklung besonders auch

altersbezogene Ausgaben stärker steigen als das BIP. In einer Langfristprognose, die das Finanzministerium 2019 erstellt hat, ist es nachzulesen: Bis 2030 sollten Pensions-, Gesundheits- und Pflegekosten laut damaliger Annahme auf ein Viertel des BIP klettern.

Es wäre in jedem Fall schwierig geworden, die Kosten ohne neue Schulden zu bewältigen. Sie sind auch dem Wunsch entgegengestanden, die Steuer- und Abgabenbelastung wirklich spürbar zu senken. Wie soll das gehen, wenn das Geld gebraucht wird? Jetzt, wo zusätzliche Aufwendungen für Arbeitslose, Pflege sowie andere Gruppe und Bereiche notwendig werden, wird das nicht einfacher. Im Gegenteil. Da gibt es eher nur die Wahl zwischen Steuererhöhungen und einer Pensionsreform, die dazu führt, dass sich Herr und Frau Österreicher, die das können, viel später zur Ruhe setzen.

